

Die Politik bewegen

Ein neues Bündnis möchte Lüneburg sozialer gestalten. Das Thema Wohnen hat dabei für die Akteure Priorität

VON MARC RATH

Lüneburg. „Das drängendste Thema ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum“, betonte DGB-Kreisverbandsvorsitzender Matthias Richter-Steinke zum Auftakt am Donnerstagabend im Glockenhaus. Daher habe das neue Netzwerk „Lüneburg Sozial!“, das sich in den vergangenen Wochen gebildet hat, dies auch als seinen ersten Schwerpunkt gewählt. „Wohnen statt Profite“ lautete der Titel der Diskussionsrunde im Glockenhaus.

Richter-Steinke verwies darauf, dass allein in Niedersachsen rund 100 000 Sozialwohnungen

fehlten, mehr als 40 Prozent der Menschen über 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum ausgeben müssten und mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfielen als neu gebaut würden. Sein Appell: „Wir müssen zur Wohngemeinnützigkeit zurückkehren.“

Mehr als ein Dutzend Organisationen haben sich dem Bündnis bislang angeschlossen. Neben einzelnen Gewerkschaften ist die Spannweite weit, reicht vom Lebensraum Diakonie über die Linke bis zur Antifaschistischen Aktion. Unter den 50 Zuhörern im Glockenhaus saß an dem Abend auch SPD-Unterbezirksvorsitzende Andrea Schröder-Ehlers – allerdings weit abseits von den Aktiven in der letzten Reihe.

Lüneburgs Gewerkschafts-Chef stellte auch das erste Papier des Netzwerkes vor. Die „Forderungen zur Lüneburger Wohnpolitik“ enthalten unter anderem einen „schnellstmöglichen Mietendeckel nach Berliner Vorbild“, Gründung einer Kreiswohnungs-

gesellschaft und Einführung eines „mehr- und langjährigen Mietspiegels“. Unter dem Punkt „Gemeingut stärken!“ fordert das Netzwerk, öffentliche Liegenschaften „nicht zu Höchstpreisen an Private“ zu verkaufen, sondern an die Lüwobau, andere öffentliche Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, gemeinwohlverpflichtete Körperschaften oder selbstverwaltete Wohnprojekte zu vergeben.

Falsche Verteilung und gestiegenes Mietniveau

In diese Richtung zielte auch der Referent des Abends. Mit Andrej Holm hatten die Organisatoren einen Wissenschaftler eingeladen, der einer der Experten für Stadterneuerung, Gentrifizierung und Wohnungspolitik ist. Der Stadt- und Regionalsoziologe, der an der Freien Universität Berlin lehrt, zeigte am Beispiel Berlins, dass es nicht zu wenige Wohnungen gebe, sondern der Markt für die falsche Verteilung und ein drastisch gestiegenes

Mietniveau gesorgt habe. Holm, der 2016 kurzzeitig Berliner Staatssekretär war, dann jedoch zurücktrat wegen einer Stasi-Verpflichtungserklärung als 19-Jähriger im Herbst 1989, sieht in der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine wesentliche öffentliche Aufgabe, bei der die sozialen Interessen obenan stehen müssten.

DGB-Kreischef Richter-Steinke erläuterte zum Abschluss das Selbstverständnis des Netzwerkes: „Uns ist bewusst, dass nicht alle unsere Forderungen auf lokaler Ebene erfüllt werden können.“ Wo die Zuständigkeiten bei Land oder Bund liegen, fordert das Netzwerk aber Lokalpolitik und Verwaltung auf, „sich unseren Forderungen anzuschließen und diese in Hannover und Berlin zu vertreten“.

► **Das nächste Netzwerktreffen findet statt am heutigen Montag um 18 Uhr im Gewerkschafts-haus, Heiligengeiststraße 28. Interessierte sind willkommen.**